



## **hib - heute im bundestag Nr. 143**

### Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen

Mi, 5. Mai 2010 Redaktionsschluss: 14:50 Uhr

1. **Koalitionsfraktionen lehnen Anträge zu Frauenhäusern ab**
2. **Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" hat sich konstituiert**

#### **1. Koalitionsfraktionen lehnen Anträge zu Frauenhäusern ab**

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Berlin: (hib/CHE/LEU) Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am Mittwochvormittag drei Anträge der Oppositionsfraktionen zur langfristigen Absicherung von Frauenhäusern abgelehnt.

Die SPD-Fraktion hatte in ihrem Antrag (17/1409) gefordert, die Existenz von Frauenhäusern langfristig zu sichern und von der Bundesregierung verlangt, bei den Bundesländern auf ein abgestimmtes Vorgehen bei der Finanzierung von Frauenhäusern hinzuwirken. "34 Jahre nach Gründung des ersten Frauenhauses stehen wir an dem selben Punkt wie damals, nämlich vor der Frage, wie finanzieren wir die Frauenhäuser, wenn die Kommunen in haushaltspolitischen Notlagen sind", hieß es von Seiten der SPD-Fraktion. Immer noch seien Frauenhäuser eine freiwillige Leistung der Kommunen und damit als erste von der Streichung bedroht. Die Fraktion fordert deshalb eine institutionelle Förderung von Frauenhäusern und die Abschaffung der Tagessatzfinanzierung, da viele Leistungen der Frauenhäuser über Tagessätze nicht abgegolten würden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Die Fraktion Die Linke enthielt sich.

Die Linksfraktion hatte in ihrem Antrag (17/243) eine bundeweit einheitliche Finanzierung von Frauenhäusern angemahnt. Die Zuständigkeit von Ländern und Kommunen führe dazu, dass der freie Zugang nicht für alle von Gewalt bedrohten Frauen und Kinder gewährleistet sei, heißt es in dem Antrag. "Es ist nicht angemessen, noch länger darüber zu diskutieren, was alles noch geprüft werden muss", kritisierte die Fraktion im Hinblick auf die derzeitige Prüfung durch die Bundesregierung, ob eine bundeseinheitliche Finanzierung möglich sei. "Es kann eine bundeseinheitliche Finanzierung geben, wenn der politische Wille da ist", stellte die Fraktion fest. Gegen den Antrag stimmten CDU/CSU sowie FDP, für den Antrag stimmte Die Linke. SPD und Bündnis 90/ Die Grünen enthielten sich.

Die Grünen betonten, in ihrem Antrag (17/259) gehe es nicht darum, eine bundeseinheitliche Regelung von vornherein festschreiben zu wollen. Es sei aber nötig, dass der Bund mit den Ländern Gespräche über eine langfristige Finanzierung führt, hieß es aus der Fraktion. Außerdem forderten die Grünen, die Situation von Migrantin-

nen, Frauen mit Behinderungen und Bezieherinnen von Sozialleistungen künftig stärker zu berücksichtigen. Jede betroffene Frau solle unbürokratisch und kostenlos einen Zugang zum Frauenhaus erhalten. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Die CDU/CSU betonte: "Wir möchten in der Sache weiterkommen und bieten den Oppositionsfraktionen deshalb auch unsere Zusammenarbeit an". Nur müsse erst abgewartet werden, zu welchem Schluss die von der Bundesregierung derzeit erarbeitete Prüfung der Möglichkeit einer Bundesfinanzierung von Frauenhäusern komme. Neben diesem strukturellen Problem gebe es aber noch ein weiteres, nämlich die Zuständigkeit von zwei Ministerien in diesem Bereich, dem Familien- und dem Arbeitsministerium. Auch hier sei eine Überprüfung der Kompetenzen nötig, sagte die Fraktion.

Auch die FDP-Fraktion betonte ihre grundsätzliche Sympathie für die Anträge. Diese würden jedoch zum falschen Zeitpunkt kommen, da derzeit nicht nur die Bundeszuständigkeit geprüft werde, sondern auch der Bericht zur Lage der Frauenhäuser abgewartet werden müsse, bevor weitere Schritte unternommen würden.

### **Zum Seitenanfang**

## **2. Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" hat sich konstituiert**

Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"

Berlin: (hib/HAU/LEU) Unter Leitung von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) hat sich am Mittwochnachmittag die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" konstituiert. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde der Unionsabgeordnete Axel E. Fischer gewählt. Als sein Stellvertreter wird Martin Dörmann (SPD) fungieren.

Die Einsetzung der Kommission geht auf einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen (17/950) zurück. Bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 soll die Kommission Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen. Die Enquete-Kommission soll auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf, der sich aus der wachsenden Bedeutung des Internets für das tägliche Leben ergibt, national und international, benennen.

Die Kommission setzt sich aus 17 Bundestagsabgeordneten und 17 externen Sachverständigen zusammen. Von den 17 Abgeordneten gehören sechs der Unionsfraktion an, vier der SPD-Fraktion, drei der Fraktion der FDP sowie jeweils zwei der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

CDU/CSU-Fraktion: Reinhard Brandl, Axel E. Fischer, Ansgar Heveling, Thomas Jarzombek, Jens Koeppen, Peter Tauber

SPD-Fraktion: Martin Dörmann, Johannes Kahrs, Lars Klingbeil, Aydan Özoguz

FDP-Fraktion: Sebastian Blumenthal, Manuel Höferlin, Jimmy Schulz

Fraktion Die Linke: Petra Sitte, Halina Wawzyniak

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Konstantin von Notz, Tabea Rößner

Im Anschluss an die konstituierende Sitzung kam der Ausschuss zu einer ersten Arbeitssitzung zusammen, in der vor allem Verfahrensfragen geklärt wurden. Die Enquete-Kommission wird danach grundsätzlich öffentlich tagen. Gleichzeitig wird es eine eigene Internetseite geben, auf der die interessierte Öffentlichkeit die Diskussion mit verfolgen und an ihr teilnehmen kann.

Weiter Informationen zur Enquete-Kommission können unter <http://www.bundestag.de/internetenquete/index.jsp> abgerufen werden.

### **Zum Seitenanfang**

Deutscher Bundestag  
Parlamentskorrespondenz, PuK 2  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: +49 30 227-35642, Fax +49 30 227-36191  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) e-mail: [vorzimmer.puk2@bundestag.de](mailto:vorzimmer.puk2@bundestag.de)

Redaktionsmitglieder: Saskia Leuenberger (verantwortlich)  
Dr. Bernard Bode, Claudia Heine, Sebastian Hille, Michaela Hoffmann,  
Michael Klein, Hans-Jürgen Leersch, Johanna Metz, Monika Pilath, Annette Sach,  
Helmut Stoltenberg, Alexander Weinlein

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr beziehen oder Ihre Abonnement-Daten verändern wollen, dann klicken Sie auf einen der beiden folgenden Links.

- **Newsletter abbestellen**
- **Daten ändern**